

Deutschland hat Zukunft Bundespolitik auf dem Prüfstand – Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2025

Mittwoch, 29. Oktober 2025, um 18.00 Uhr

Leonardo Royal Hotel Munich, Tagungsraum Royal 2

Moosacher Straße 90, 80809 München

Begrüßung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem
Deutschland-hat-Zukunft-Kongress
Bundespolitik auf dem Prüfstand –
Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2025
hier im Leonardo Royal Hotel in München.

Diesen Kongress übertragen wir auch per
Livestream. Besonders herzlich begrüße ich die
heute aktiv Beteiligten:

- den Parlamentarischen Geschäftsführer
der CSU-Landesgruppe im Deutschen
Bundestag, Dr. Reinhard Brandl,
lieber Reinhard,
- den Parlamentarischen Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen,
Michael Schrodi von der SPD,
- den Sprecher der bayerischen
Landesgruppe von Bündnis 90/Die
Grünen und Obmann seiner Fraktion im

Finanzausschuss des Bundestages,
Sascha Müller.

Schön, dass Sie sich die Zeit nehmen
und mit uns diskutieren!

[weitere persönliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,

wir wollen heute über die Arbeit der schwarz-
roten Bundesregierung sprechen. Sie ist seit
rund einem halben Jahr im Amt.

Nach zwei Rezessionsjahren kommt die
deutsche Konjunktur weiter nicht vom Fleck.
Die meisten Wirtschaftsinstitute und die
Bundesregierung erwarten für dieses Jahr eine
Stagnation oder allenfalls ein minimales
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts.

Für 2026 wird zwar wieder Wachstum
prognostiziert, aber vor allem aufgrund
der zusätzlichen Impulse aus dem
Sondervermögen des Bundes.

Zudem fallen 2026 vergleichsweise wenige Feiertage auf einen Wochentag.

Wir erleben eine echte Strukturkrise. Der Standort Deutschland ist heute zu teuer und zu bürokratisch. Die Folge: unsere Wettbewerbsfähigkeit sinkt. Das wird immer sichtbarer – gerade für die Industrie.

Im Vergleich zum letzten Boomjahr 2018 liegt das Produktionsniveau der Industrie aktuell um 15 Prozent niedriger.

Besonders unter Druck stehen die energieintensiven Industrien: etwa die Chemieindustrie oder die Papierindustrie. Natürlich ebenso – und das ist für Bayern besonders gravierend – die Automobilindustrie, die zudem mit etlichen weiteren Herausforderungen kämpft.

Deshalb gehört eine Wirtschaftswende zu den wichtigsten Aufgaben dieser Bundesregierung.

Sie ist gut aus den Startlöchern gekommen und hat einige wichtige Akzente gesetzt

- zum Beispiel mit dem Investitionsbooster.
Er ermöglicht unter anderem bis Dezember 2027 eine Sonderabschreibung von bis zu 30 Prozent auf die Anschaffung beweglicher Wirtschaftsgüter.
- Diese Maßnahme mündet dann ab 2028 in eine stufenweise Senkung der Unternehmenssteuerbelastung um insgesamt fünf Prozentpunkte bis 2032. Das begrüßen wir sehr.
- Positiv sehen wir auch die Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten: die Abschaffung der Gasspeicherumlage, die Entlastungen bei den Netzentgelten, die Senkung der Stromsteuer.

- Zu begrüßen ist zudem die Abschaffung des Bürgergelds und der Einstieg in die Grundsicherung.
- Bemerkenswert ist auch, wie Union und SPD sich auf den Haushalt 2025 geeinigt haben. Das gelingt ja nicht an jeder Stelle so geräuschlos.
- Positiv sehen wir die Maßnahmen zur Begrenzung der illegalen Migration. Sie wirken bereits sichtbar.
- Ausgesprochen respektabel tritt die neue Bundesregierung außenpolitisch auf. Friedrich Merz ist es gelungen, unser wichtiges Verhältnis zu Frankreich auf sein altes freundschaftliches Niveau zu heben. Und auch im Umgang mit dem US-Präsidenten agiert der Kanzler auf schwierigem Parkett souverän.

Mehr Positives allerdings ist aus unserer Sicht nicht zu sehen. Weitere Impulse für die Wirtschaft sind dringend nötig.

Ganz oben auf der Dringlichkeitsliste steht der Bürokratieabbau. Der muss dringend Fahrt aufnehmen. Die überbordende Bürokratie hängt unseren Unternehmen wie ein Mühlstein um den Hals. Die unzureichende Digitalisierung der meisten Verwaltungsvorgänge bremst unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit aus.

Umso erfreulicher, dass Bundesdigitalminister Dr. Karsten Wildberger eine Modernisierungsagenda vorgelegt hat – mit konkreten Maßnahmen, Zielen und Zeitplänen. Das ist ein Anfang.

- Der Staat muss seine administrativen Ansprüche weiter deutlich zurückfahren.
- Er muss Leistungen effizienter zur Verfügung stellen
- und auf allen Ebenen Abläufe für Unternehmen und für Bürger erleichtern, beschleunigen, vereinfachen.

Dabei geht es nicht nur darum, bestehende Bürokratie abzubauen. Genauso wichtig ist, bei künftigen Gesetzen so wenig wie möglich neue Bürokratie aufzubauen.

- Bundestariftreuegesetz.
- Umsetzung des EU-Entgelttransparenzgesetzes.
- Beschäftigtendatenschutzgesetz.
- Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.
- Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Ich brauche nur diese Stichworte zu nennen.

Sofort ist allen Betroffenen klar, welche neuen Bürokratietreiber hier in den Startlöchern stehen. Wir brauchen aber keine Treiber, sondern echte Bürokratie-Hemmer.

Zum Beispiel

- das „One in, two out“-Prinzip und harte Praxis- und Digitalchecks bei jedem neuen Gesetzesvorhaben. Allem voran

müssen wir vermeiden, unnötige
zusätzliche Gesetze zu schaffen.

- Zum Bürokratieabbau gehört im Übrigen
das Thema Arbeitszeitflexibilisierung: ein
Versprechen aus dem Koalitionsvertrag.
Dieses Versprechen darf die SPD jetzt
nicht verschleppen oder verwässern. Wir
müssen die Tageshöchst Arbeitszeit
endlich ersetzen durch eine
wöchentliche Höchst Arbeitszeit. Darauf
wartet die Wirtschaft schon lange!

Darüber hinaus müssen echte Reformen
kommen für die sozialen Sicherungssysteme.
Weder Beitragszahler noch Steuerzahler können
den nahezu ungebremsten Kostenanstieg
weiter finanzieren. Immer höhere Arbeitskosten
schwächen uns im internationalen Wettbewerb.
Ausufernde Steuerzuschüsse machen unseren
Staat immer weniger handlungsfähig.

Die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent und die Vollendung der Mütterrente führt in den nächsten 15 Jahren zu 200 Milliarden Euro Zusatzkosten. Aus unserer Sicht muss die Koalition Wege finden, diese enorme Kostenbelastung zu vermeiden. Und auch bei den Reformen der Kranken- und Pflegeversicherung muss der Grundsatz gelten: Notoperationen dürfen die dringend nötige Strukturreform nicht ersetzen.

Daneben bleibt das Thema Energiepreise wichtig. Wir begrüßen hier die bisherigen Schritte der Bundesregierung. Das habe ich bereits erwähnt.

- Gleichwohl brauchen wir endlich einen wirkungsvollen Industriestrompreis, von dem auch energieintensive Branchen profitieren.

- Außerdem muss die Stromsteuer für alle Branchen sinken – nicht nur für das produzierende Gewerbe!

Ein Wort noch zum Haushalt: Wir begrüßen, dass künftig deutlich mehr Geld da sein wird für Verteidigung. Ebenso erfreulich: Der Bund kann über das neue Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität jetzt erheblichen Nachholbedarf abarbeiten.

Das Geld aus den neuen Schulden muss allerdings auch tatsächlich in Investitionen fließen: in Wachstum und Resilienz.

Es darf nicht dazu dienen, den bisherigen Bundeshaushalt zu entlasten.

Kurzum, meine Damen und Herren:

Schwarz-Rot muss jetzt zeitnah Substanzielles für die Wirtschaft zustande bringen.

Denn gegen die extremen Populisten von scharf Rechts und scharf Links helfen keine Verbote.

Das gilt genauso für die Regeln des

internationalen Wettbewerbs. Das Einzige, was hilft, ist eine pragmatische, vorausschauende Realpolitik für dieses Land.

Dafür müssen sämtliche Demokratinnen und Demokraten jetzt zusammenstehen.

Um dieses Land wieder nach vorne zu bringen, müssen wir uns gegenseitig den Rücken stärken.

Wir müssen miteinander noch schärfer darüber nachdenken, wie wir Demokratie und freie Marktwirtschaft hierzulande bewahren.

Denn beides bedingt einander!

Damit übergebe ich an unseren Moderator.

Herr Preuß, Sie haben das Wort.